

Pressemitteilung 21/2019

München, 17.10.2019

Klimaschutz: zurück zu einer sachlichen Diskussion!

Brandl: Radikaler Aktivismus führt zur Spaltung der Gesellschaft

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl plädierte auf dem Fachkongress KOMMUNALE des Bayerischen Gemeindetags in Nürnberg für eine Rückkehr zu einer sachlichen Auseinandersetzung bei der aufgeheizten Diskussion um den richtigen Klimaschutz. „Verkehrsblockaden und Schuleschwänzen tragen keinen Millimeter zur Klimarettung bei, sondern heizen die aufgeregte Stimmung in der Bevölkerung nur noch weiter an. Eine noch tiefere Spaltung der Gesellschaft wird die Folge sein. Das Klimaschutzkonzept der Bundesregierung bereits zu zerreden, bevor es überhaupt beschlossen und umgesetzt ist, zeugt von Fundamentalopposition und Abkehr von demokratischen Spielregeln. Wir brauchen dringend eine Rückkehr zur sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema – und zu einer realistischen Betrachtungsweise, was staatliche und kommunale Stellen sowie der Einzelne für den Klimaschutz tun kann“, sagte Brandl. Er wies darauf hin, dass Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte die Zeichen der Zeit längst erkannt und vielfach bereits vorbildhaft klimaschützende Maßnahmen eingeleitet haben. Als Beispiele nannte er die energetische Sanierung von Schulen, Kindergärten, Rathäusern und anderen kommunalen Gebäuden. Außerdem die umweltgerechte Pflege kommunaler Grünanlagen und die Nichtverwendung von Glyphosat. „Wenn jeder bei sich selber anfängt, seine eigene Lebensweise zu hinterfragen und am Klimaschutz auszurichten, wäre dem Klima mehr gedient, als durch spektakuläre, aber im Kern destruktive Aktionen im öffentlichen Raum.“

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Wilfried Schober, Pressesprecher des Bayerischen Gemeindetags,
Tel 089 / 36 00 09-30, E-Mail: wilfried.schober@bay-gemeindetag.de
Homepage: www.bay-gemeindetag.de

Der Bayerische Gemeindetag

ist der Sprecher von 2.029 kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten. Gegenüber dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und anderen Institutionen vertritt er kraft Verfassung die kommunalen Interessen. Der Verband berät seine Mitglieder umfassend und ist über den Deutschen Städte- und Gemeindebund auf der Bundesebene sowie über das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel präsent.